

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Verlagsamt
Rieser-Verlag
Rieser-Verlag
Rieser-Verlag

Das Rieser-Tagblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Zwenkau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontonr.
Dresden 1890.
Stempel
Rieser Nr. 33

Nr. 120.

Montag, 27. Mai 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser-Tagblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahmen der Sonn- und Feiertage. Der Verkaufspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellungsgebühr. Für den Rest des Quartals von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Miete und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Ungezogene für die Nummer des Abnehmers sind bis 8 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Gewehrbesitz für bis zu 100 mm Länge, 1 mm hohe Grundrißhöhe (6 Kugeln; 60 mm Durchmesser; die 50 mm breite Kellertafel 100 mm Durchmesser; je zwei Stutzen und tabellarischer Satz 50", Aufschieß, feste Läufe, zwei Stutzen an der Seite. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Vorfälle des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsstellen — hat der Empfänger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Wenterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Politik auf Schleichwegen.

Von allen Seiten wird in der Politik über „Nebenregierung“ geklagt. In rechtschreibenden Blättern liest man, daß in Paris die Abgeordneten Breitscheid und Bernward und andere Vertreter der Linksparteien Botschaften für die Arbeiter leisteten. Unter Umgehung Schwachs lieferten sie Material an Herrn Poincaré und gaben ihm zu verstehen, daß die Angebote Schwachs nicht das letzte Wort Deutschlands darstellten. In der Linkspresse sieht man im Rücktritt Wolters ein deutschnationales Mandat, um die Pariser Verhandlungen im Sinne dieser Partei zu beeinflussen und gleichzeitig für die Zukunft eine gute Wahlparole zu gewinnen. Man sieht Herrn Duguesberg hinter Herrn Wöhrer und heute seine Spekulation so, daß er mit einem positiven Ergebnis der Pariser Konferenz rechnet, dieses positive Ergebnis aber später rückwärts kritisiert und die Verantwortung dafür der Regierung, der großen Koalition, allein zuschieben möchte. Man würde dann wieder mit einer ähnlichen wilden Kampagne zu rechnen haben, wie es die früheren gegen die Friedensunterzeichnung und gegen den Dawesplan gewesen sind.

Nun wird niemals alle Politik allein von den Regierungen gemacht. Und auch auf den Kreis der Parlamentariermitglieder lassen sich die politischen Arbeiten und Verantwortungen nicht beschränken. Beide Regierung und Parlament, müssen Fühlung mit dem Volke haben. Wirtschaft- und Kulturorganisationen, Vertreter der Kirche und der verschiedenen Berufe werden mit Beamten und Abgeordneten Fühlung suchen, um Einfluß auf deren Stellungnahme zu gewinnen. Umgekehrt werden sich Regierungen und Parlamente immer der Mittelpersonen bedienen müssen, um die Volksmeinung und insbesondere bestimmte Interessen in aktuellen Fragen zu sondieren oder auf dem Laufenden über ihre Absichten zu halten. Das kann nicht immer in öffentlichen und offiziellen Kundgebungen geschehen, weil diese sofort eine Festlegung bedeuten würden. Solange Fehde oder große politische Entscheidungen noch im Werden sind, solange beide Seiten, Volk wie Regierung, selbst noch nicht klar sehen, welcher Weg gangbar sein wird, ist ein Ein- und Herdiskutieren ohne die Belastung der öffentlichen Festlegung in unmaßgeblicher wechselseitiger Fühlungnahme unerlässlich. Man würde sogar einer Regierung Vorwürfe machen müssen, man würde sie welt- und lebensfremd nennen müssen, wenn sie ohne jede Fühlungnahme mit Volksmeinungen, Gesetzkürdigungen und wirtschaftlichen Interessen immer nur von sich allein aus etwas befehlen würde.

Dann wachsen sich nun solche unmaßgeblichen Ausläufer und Vermittlungen zu „Nebenregierungen“ aus? Das wird immer schwer festzustellen sein. Mißtrauen und Feindschaft der Parteien gegeneinander wird stets dazu führen, daß jede Fühlungnahme des parteipolitischen Gegners mit der Regierung sofort als unerwünschte und deshalb auch unerlaubte Beeinflussung hingestellt wird. Der Zeitungsleser wird also von vornherein auf daran tun, bei den Klagen über sog. Nebenregierungen einen erheblichen Prozentsatz abzuschreiben und auf das Konto der parteipolitischen Voreingenommenheit zu verbuchen. Vielleicht gehört er selbst irgendeiner Organisation an, die politische Wünsche hat und entsprechend die Regierung zu beeinflussen sucht. Wäre er dann so gerecht sein, die Wege, die er in seinen Interessen zu beschreiten sich berechnigt glaubt, auch anderen nicht zu verwehren. Bedenken können erst entstehen, wenn etwas Methoden angewandt würden, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätten. Das müßte selbstverständlich von jeder Form der Korruption gelten, die leider nicht immer so deutlich erkennbar ist, als man wünschen möchte. Die grobe Form der direkten Bestechung wird ja nur noch ein politischer Stümper anzuwenden versuchen. Finden sich dagegen Wege, um große Geldmittel für angeblich einwandfreie Zwecke herzugeben und dadurch doch gleichzeitig Sympathien oder Antipathien in bestimmter politischer Richtung mobil zu machen, dann wird tatsächlich aus den erlaubten Beziehungen zwischen bestimmten Interessentengruppen und Regierung ein zweifelhaftes Geschäft, eine bedenkliche Nebenregierung. Hieraus folgt schon, daß die größte Gefahr einer Nebenregierung immer von kapitalkräftiger Seite her droht.

Ein paar Abgeordnete, aber auch ein paar gewöhnliche Sterbliche können natürlich in der Politik viel verderben, auch wenn sie keine besondere große Macht hinter sich haben. In rechtschreibenden Blättern wurde behauptet, die Abgeordneten Breitscheid und Bernward hätten von ihren Parteimitgliedern in der Regierung besondere Instruktionen. Die Reichsregierung hat diese Behauptung sofort als nicht zutreffend bezeichnet. Wäre es keine Klage, müßten die Abgeordneten wegen Landesverrats belangt und auch den beteiligten Ministern der Prozeß gemacht werden. Von einer Nebenregierung könnte aber in diesem Falle kaum die Rede sein. Es wäre ein individuelles Verbrechen, das in dem Kaiser geahndet werden könnte und damit seine Erziehung fände. Ganz anders, wo es sich um eine starke wirtschaftliche Macht handelt, die ihren Einfluß auf die Politik ununterbrochen ausüben vermag und die selbst dann nicht von der politischen Bühne verschwindet, wenn einzelne ihrer Träger gelegentlich Hinhaltung und vielleicht auch aus dem politischen Leben eliminiert werden. Wenn irgendwo, dann besteht nach dieser Seite hin tatsächlich die größte Gefahr bedenklicher Nebenregierungen, die sich unter Umständen überhaupt die eigentliche Regierungsmacht aneignen.

Es soll nicht verkannt werden, daß auch andere Organisationen, die mehr durch die Masse ihrer Anhänger als durch ihre Kapitalkraft schwerwiegende Bedeutung haben, zu einem dauernd beachtlichen Faktor werden und der Regierung bis zu einem gewissen Grade die Fühlung

Das amtliche sächsische Landtags-Wahlergebnis.

1. Dresden. Der Landeswahlausschuss trat am Sonntag mittag in der Amtshauptmannschaft Dresden zusammen, um das Gesamtergebnis der sächsischen Landtagswahlen und die Verteilung der Stimmen auf die einzelnen Parteien vorzunehmen. Danach sind im ganzen abgegeben worden 2702 188 gültige Stimmen. Durch sie (Zahl der Abgeordneten) verteilt ergibt sich als Wahlergebnis 25148 Stimmen. Dadurch sind 89 Abgeordnete gewählt. Die 222 159 Nichtstimmen kommen für die Parteien in Betracht, die bereits mindestens einen Abgeordneten erhalten haben und die höchsten Nichtstimmen aufweisen. Es ergaben sich:

1. Sozialdemokraten	922 922 (922 117)	89 Abgeordnete
2. Deutsche Volkspartei	218 909 (218 909)	8 Abgeordnete
3. Deutsche Volkspartei	368 482 (368 421)	18 Abgeordnete
4. Reichsp. d. Deutsch. Mittel- (Wirtschafts-)	804 884 (804 406)	11 Abgeordnete
5. Kommunistische Partei	845 580 (845 817)	12 Abgeordnete
6. Deutsche Demokr. P.	115 289 (115 917)	4 Abgeordnete
7. Kommunist. Opposition	22 129 (22 594)	8 Abgeordnete
8. Volkspartei	70 181 (70 092)	8 Abgeordnete
9. Neue Sozialdem. Part.	89 568 (89 625)	2 Abgeordnete
10. Nationalsoz. Arb. P.	193 958 (193 792)	5 Abgeordnete
12. Zentrum	25 499 (25 440)	0 Abgeordnete
13. Sächs. Landvolk	140 611 (140 522)	5 Abgeordnete

In den einzelnen Wahlkreisen erhielten:

1. Sozialdemokraten	1	2	11
2. Deutschnationale	3	2	8

Die Zahlen in Klammern haben die Ergebnisse des vorläufigen Wahlergebnisses vor. Der Landeswahlausschuss teilte sodann noch mit, daß beim Wahlkreisausgleich jeweils einzelne Beiratsmandate erledigt wurden. Diese Mandatsbeschlüsse werden noch den Beiratsprüfungsämtern des Landes zur Beschlusseffektivierung mitgeteilt. So sind in einem Leipziger Wahlbezirk von 1174 Wählern 1170 Umschlüsse abgerechnet worden, in denen sich 1176 Wähler befanden. 1 Gewählter, der Zimmermann Rabel Pirna, von der kommunistischen Partei, hat bereits dem Landeswahlausschuss schriftlich erklärt, daß, falls seine Wahl bestätigt würde, er auf deren Annahme verzichten werde. Die in mehreren Kreisen gewählten Abgeordneten haben innerhalb einer Woche sich beim Landeswahlausschuss schriftlich zu erklären, für welchen Wahlkreis sie die Wahl annehmen und für welche sie ablehnen. An ihre Stelle treten dann die auf der Liste der betr. Partei stehenden nächsten Namen.

Die Sonntagsbesprechungen in Paris.

* Paris. (Telunion.) Die Arbeiten der Sachverständigen haben auch am Sonntag nicht geruht. Am Vormittag hatte Dr. Schwach eine Zusammenkunft mit Owen Young, in deren Verlauf er nochmals dem Vorsitzenden der Sachverständigenkonferenz die Auffassung der deutschen Gruppe zum Ausdruck brachte. Die amerikanischen, belgischen, britischen, französischen, italienischen und japanischen Mitglieder der Sachverständigenkonferenz, hatten ihrerseits eine gemeinsame Sitzung, die um 11 30 Uhr begann, aber bereits nach 1/2 stündiger Beratung zu Ende ging. Die Vertretersitzung der Gläubigerstaaten, die auf den Nachmittag angesetzt war, wurde nicht abgehalten, da in der Lage keinerlei Veränderung eingetreten ist.

* Paris. (Telunion.) Neben die Sitzung, die die Gläubigerstaaten am Sonntag abhielten, verläuft nur, daß sie die Bemerkungen prüften, die Dr. Schwach mündlich Owen Young über den alliierten Zahlungsplan gemacht habe. Die Pariser Abendpresse unterrichtet die pessimistische Stimmung, die im Hotel George V. herrscht. Dem „Temps“ zufolge wird für den Fall, daß eine Verständigung in der letzten Phase der Verhandlungen nicht erzielt werden könne, die Möglichkeit der Ueberwekung der deutschen Vorbehalte und der alliierten Gegenvorbehalte an die Regierungen ins Auge gefaßt.

Handlungs vordringen können. Gewerkschaften und Kirche z. B. sind Mächte, mit denen eine realpolitische Regierung zu rechnen hat, einerlei, wie sie selbst innerlich zu Anschauungen und Interessen dieser Organisation steht. Der Verfall der Nebenregierung wäre hier durchaus am Platze, wie man ja auch längst gemöhnt ist, von einer „Kirchenregierung“ neben der Staatsregierung zu sprechen. Damit ist aber zugleich eine weitere Seite des Problems berührt, die uns bei allen vorwurfsvoller Verwendung des Begriffs Nebenregierung zurückhaltender stimmen muß. Gerade in einem demokratischen Staatswesen wird eine Regierung, die sich wirklich auf das Volk, auf seine Meinung und Interessen stützen will, auch jenen anderen Mächten Rechnung tragen müssen, die ihrerseits gleichfalls vom Vertrauen breiter Volksschichten getragen sind. Es wird sich dann weniger um eine Nebenregierung als vielmehr um eine Mitregierung handeln. Auch hieron wäre die Nebenregierung des großen Kapitals deutlich genug zu unterscheiden, die sich nicht auf Volksvertrauen, sondern auf bloße finanzielle Überlegenheit stützt. Auch unter diesem Gesichtspunkte müßte man also sagen, daß die wirkliche Gefahr einer unerwünschten und verhängnisvollen Nebenregierung in erster Linie durch die moderne Konzentration der Kapitalkraft gegeben ist.

genommen, mit der gleichen Topf gemachten Höhenflüge. Diese Forschungsarbeiten in größter Höhe haben den Zweck, das Verhalten des Motors in der dünnen Atmosphäre und den Einfluß der Temperaturunterschiede von 50 bis 60 Grad Celsius auf die Steuerung, die Maschinenanlage und die verschiedenen Brennstoffgemische zu überprüfen. Zur Sicherung gegen das sehr gefährliche Einschlagen beim Ausleihen des Saugstoffgerätes wurde ein Unterbrechungsapparat am Steuertrieb angebracht, der, wenn der Führer einschläft, den Motor automatisch ausschaltet und das sehr stabile Flugzeug auf Gleitflug einstellt.

Die nächste „Zeppelin“-Amerikafahrt in 10 bis 14 Tagen.

Die nächste „Zeppelin“-Amerikafahrt in 10 bis 14 Tagen. Wie aus Friedrichshafen gemeldet wird, wird damit gerechnet, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erst in etwa 10 bis 14 Tagen seine Amerikafahrt antizipiert. Inzwischen wird der Motorenpark gründlich geprüft und in Ordnung gebracht.

Zeppelin-Passagier werden zurückgezahlt. vds. Berlin. Die Zeppelin-Passagier für die nicht geänderte Amerikafahrt werden nach Mitteilung der Dapag voll zurückgezahlt. Ein erfreulicher Beweis für das Vertrauen, das man in Amerika auch weiter in das deutsche Luftschiff legt, ist die Tatsache, daß seit der Londoner Landung bereits wieder Nachfragen nach Plätzen für künftige Flüge eingeleitet haben.

Der Zeppelin-Ordnung in Frankfurt a. M. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hatte bekanntlich bei seiner Sturmflucht ein Gorilla-Junges an Bord, das nun ebenfalls nach Friedrichshafen zurückgeführt ist. Bis zu dem erneuten Start nach Amerika mußte nun das Tier irgendwo untergebracht werden, wo ihm eine indogemäße Wege zuteil wird. Als Pension für das exotische Tier ist der Frankfurter Zoologische Garten anberufen worden. Das Gorilla-Junge, das die Sturmflucht anscheinend gut überstanden hat, trat auf dem Hauptbahnhof in Frankfurt a. M. ein und wurde sofort nach dem Zoo überführt.

Höhentwettrennen des Flugzeugführers Reunhofer.

X Dessau. Auf dem Flugplatz der Junkerswerke erfolgte gestern vormittag in der Zeit von 7 Uhr 30 bis 9 Uhr 20 ein entscheidendes Duell auf den Höhentwettrennen ohne Unfall, der von dem Amerikaner Champion auf 11710 Meter gehalten wurde. Der Flugzeugführer Bill Reunhofer erreichte mit einem Junkersflugzeug Typ W 23 eine Höhe von 12500 Meter. Die genaue Höhe wird erst auf Grund der plombierten Meß-Instrumente von der obersten deutschen Sportbehörde festgestellt. Der Flug wurde beurkundet von dem amtlichen Vertreter des Deutschen Luftsports, von Linlingen, und wird vom Luftsport zur Anerkennung bei der F. A. J. (Federation Aeronautilique Internationale) eingereicht. Der Flug Reunhofers erfolgte in absoluter Sicherheit bei klarer Sicht im letzten Jahre.

Stimmen vom Staat nach 25 Pfennigen... Die Registrierung mit Via... Die besagte nun trotz... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...